

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Die Grünen):

„Arbeiterbewegung und Volkserhebung“.

**Gedenkrede zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953 im Brandenburgischen Landtag,
Potsdam, 17. Juni 2003,**

Eine Arbeiterbewegung, die in eine Volkserhebung mündet, eine solche unabsehbare Tragweite gewinnt ohne Partei- und Gewerkschaftsorganisation, ja gegen beide und das sogar ohne eigene Leitungsstrukturen ausgebildet zu haben – das alles hat es einmal in Deutschland gegeben.

Es hat eine solche Arbeiterbewegung in Deutschland gegeben, als am 17. Juni 1953 in allen Schichten der DDR-Bevölkerung als Resonanz auf die Streik- und Protestaktionen der Berliner Bauarbeiter dem Versuch der Ulbricht-Administration, das Land in ein stalinistisches Sowjetdeutschland zu verwandeln, mit einem unmissverständlichen „Nein!“ geantwortet wurde. Weil es sich um eine solche historisch einmalige Arbeiterbewegung handelte, wurde am 17. Juni 1953 zugleich über ihre historische Bedeutung wie über ihr Scheitern mit all seinen weitreichenden Konsequenzen entschieden.

Zu den Konsequenzen dieses Scheiterns gehört auch die Tatsache, dass nirgends deutlicher als durch die Schicksale des 17. Juni 1953 und die seiner nachträglichen Bewertungen die abgrundtiefe Verlegenheit aller Deutschen gegenüber ihrer eigenen Geschichte offenbar geworden ist. Wie sollte es auch anders sein in einem Lande, in dem die beiden Totalitarismen des 20. Jahrhunderts in so einzigartiger Weise nicht nur aufeinander gestoßen, sondern auch aufs Widersprüchlichste miteinander verknüpft worden sind.

Den Hitlerschen Totalitarismus hatte eine erdrückende Mehrheit aller Deutschen willkommen geheißen, weil in ihm der sicherste Schutz gegen den Kommunismus Sowjetrusslands gesehen wurde. Der andere, sowjetrussische Totalitarismus wurde allein der Bevölkerung der DDR auferlegt, obwohl alle Deutschen gemeinsam 1945 als Konsequenz des Hitlerschen Großmachtchauvinismus der totalen militärischen Niederlage die Rechtlosigkeit der bedingungslosen Kapitulation ereilt hatte, die die Deutschen von der Gnade und Barmherzigkeit ihrer Gegner und deren humanitärem Rechtsbewusstsein abhängig werden ließ.

Es gehört zu den großen Wundern der neueren Geschichte, dass zum Glück für alle Deutschen die Normen der Menschwürde und der Universalität der Menschenrechte sich gegen durchaus vorhandene Abrechnungsstimmungen durchzusetzen vermochten, wie die Nürnberger Rechtsprechung, die UNO-Charta samt deren Menschenrechtsdeklaration und die analoge Europäische Menschenrechtskonvention dokumentieren.

Obwohl die Aktivisten des 17. Juni sich nicht auf diese Urkunden berufen haben, obwohl sie allesamt bereits existierten, haben sie mit ihren Forderungen der Achtung von Arbeiterrechten, das Eintreten für freie Wahlen, die Freilassung der aus politischen Gründen und ohne rechtsstaatliche Verfahren Verurteilten durchaus dem Geist und Buchstaben der genannten Nachkriegsorientierungen der Völkergemeinschaft entsprechend gehandelt, obwohl weder die Bundesrepublik noch die DDR damals UNO-Mitglied oder Unterzeichnerstaat der Europäischen Menschenrechtskonvention waren.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

Dennoch sehe ich die erste Bedeutung der Volkserhebung von 1953 darin, dass sie diese Prinzipien einer neuen überstaatlichen Rechtsordnung angesichts ihrer akuten Verletzungen in der DDR gegen die Repressionen des Stalinismus wie gegen die ideologischen Verirrungen des Kalten Krieges verteidigt haben. Ist diese Volkserhebung doch gerade am Zusammenwirken dieser beiden Tendenzen im Osten wie im Westen gescheitert.

So gehört dieses Scheitern in ganz besonderer Weise zu den Verlegenheiten, ja der nicht enden wollenden Unfähigkeit aller Deutschen, ihre Geschichte in den beiden Totalitarismen rückhaltlos ohne Schönfärberei und Apologetik zu begegnen, so dass eine über bloße Rechtfertigungs- und Distanzierungsstrategien hinausgehende Umorientierung möglich wird.

Obwohl die Geschichte des 17. Juni und seines Gedenktages schon mehr als einmal in Form einer Geschichte der Verlegenheiten, ja der Peinlichkeiten beschrieben worden ist – wir brauchen diese Reihe nicht fortzusetzen, weil wir inzwischen Eckpunkte unserer geschichtlichen Erfahrung erreicht haben, die es uns ermöglichen, an den 17. Juni 1953 in innerer Freiheit und im Geist einer Bejahung gegenüberzutreten, die das damalige Scheitern ebenso ernst nimmt, wie sie die das Scheitern überdauernde Bedeutung des Ereignisses in gleicher Weise ohne alle Instrumentalisierungsversuche zu würdigen in der Lage ist.

Der eine Eckpunkt ist die Friedliche Revolution vom Herbst 1989. Hat sie doch unwiderruflich offenbar werden lassen, dass der Sieg der Parteidiktatur über die Volkserhebung, den jene am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer Panzer zu erringen vermochte, nur für ein freilich langes Interregnum von 36 Jahren wirksam blieb. Die Zukunft gehörte doch den von der Erhebung geforderten freien Wahlen und der Beseitigung der Zonengrenzen.

Am 15.02.2003 aber wurde darüber hinaus ebenso unwiderruflich klar: Es ist nicht als sogenannter „deutscher Sonderweg“ denunzierbar, wenn das Volk aller Bürgerinnen und Bürger zusammen mit der Bundesregierung daran festhält, dass die Zukunft der Völker allein in jener Richtung, die vom Gewaltmonopol der UNO gewiesen wurde, nicht aber von den Remilitarisierungsinitiativen der Kasernierten Volkspolizei und den Wiederaufrüstungsbestrebungen des Kalten Krieges im Westen liegen kann.

Der 17. Juni 1953 zwischen Stalinismus und Kaltem Krieg

Nimmt man die hier vorgeschlagene Perspektive ernst, dann erweist sich der 17. Juni 1953 als Reaktion auf den tiefsten Einschnitt in der Verfassungsgeschichte der 1949 gegründeten DDR: Die im Sommer 1952 von der 2. Parteikonferenz der SED beschlossene Einführung des Stalinismus in der DDR. Ulbricht und die Seinen nannten das „Aufbau des Sozialismus“ und wollten damit behaupten, im Gegensatz zur Bundesrepublik eine höhere Stufe der Demokratie erreicht zu haben. Ein in den Tagebüchern von Victor Klemperer aus dem Jahr 1949 überlieferter Ausspruch von Bernhard Koenen besagt, die wahre Demokratie bestehe in einer jede Opposition ausschließenden Allparteienherrschaft, so wie es die DDR-Verfassung von 1949 in der Tat vorschrieb.

Das wurde 1952 ebenso durch einen diktatorischen Führungsanspruch der SED und einen dieser Diktatur entsprechenden Zentralismus ersetzt, der den auch in der DDR-Verfassung von 1949 enthaltenen Föderalismus beseitigte und damit den in Potsdam beschlossenen Richtlinien für die deutsche Nachkriegsordnung widersprach.

Als Erklärung für diese unmissdeutbaren Brüche mit der eigenen, bis dahin verfolgten Tradition konnte die SED nur auf den im Frühjahr zwischen der Bundesrepublik und den drei

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Westalliierten abgeschlossenen Deutschlandvertrag verweisen, der die Ersetzung der in Potsdam vorgesehenen Verwaltung Nachkriegsdeutschlands bis auf wenige, Berlin betreffende Reste durch die Eingliederung der Bundesrepublik in eine gegen die Sowjetunion gerichtete Militärordnung vorsah.

Dass die stalinistischen Diskriminierungen von Teilen der Bevölkerung innerhalb der DDR – Terror gegen junge Christen, gegen diakonische Anstalten, gegen Bauern, Einzelhändler und Unternehmer – eine angemessene Antwort auf die neue außenpolitische Lage und den endgültigen Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und deren antitotalitäre Zielsetzung eine neue „Sozialismus“ genannte Demokratie als Gesellschaftsordnung heraufführen sollten – das konnten wohl nur wirklichkeitsblinde Parteiideologen glauben.

Dennoch wäre es wohl bei den damals schon wie erneut im Frühjahr 1961 ausufernden Fluchtbewegungen besonders der Jugend geblieben, wenn die SED nicht die Klasse, deren Repräsentant sie zu sein behauptete, durch krasse Normerhöhungen das Rechtsgefühl eben dieser Klasse derart düpiert hatte, dass nur mit Streiks geantwortet werden konnte, die schon am 9. Juni in Hennigsdorf begonnen hatten, aber dann am 16.06. in den bekannten Ereignissen auf der Stalin-Allee und vor dem Haus der Ministerien kulminierten.

Es ist der gegen schwerste Bedenken der US-Militäradministration von Egon Bahr durchgesetzten Verlesung des Aufrufs der streikenden Arbeiter im RIAS zu danken, dass der 17. Juni zum Tag der Volkserhebung in der ganzen DDR wurde. Diese Erhebung war keineswegs jeder ziellose Tumult, zu dem ihn interessierte Historiker und Kommentatoren gern stempeln möchten. Kann man es deutlicher sagen, als es der Bitterfelder Aufruf tut: „Rücktritt der ungleichwüdig gewordenen Regierung; Konstitution einer provisorischen Regierung; freie und geheime Wahlen nach Zulassung aller deutschen Parteien, Freilassung aller politischen Gefangenen, einschließlich sogenannter „Wirtschaftsverbrecher“ und der aus religiösen Gründen Verfolgten; Abschaffung der Zonengrenzen und der militärischen Verbände“?

Dass mit den beiden letzten Forderungen die gesamte Nachkriegsordnung und vor allem deren Remilitarisierung angegriffen worden war – obwohl man dem Bitterfelder Aufruf eine ausdrückliche Versicherung beigefügt hatte, dass dem Aufruf jede gegen die Sowjetunion und die Rote Armee gerichtete Feindschaft fern liege – das konnte niemanden verborgen bleiben. Wer diese Ordnung, zumal nach ihrer sie remilitarisierenden Deformation aufrechterhalten wollte, musste die Volkserhebung gewaltsam unterdrücken. Eine Aufgabe, die, wie man inzwischen weiß, die sowjetischen Panzer nur sehr ungern übernahmen.

Aber auch die zu ihrer Beruhigung auf die Zuschauerrolle beschränkten Westalliierten legten großen Wert darauf, aus ihr nicht heraustreten zu müssen. Egon Bahr bekam von der US-Kommandantur zu hören, ob der RIAS den dritten Weltkrieg heraufbeschwören wolle. Die beste Erklärung für das Scheitern des 17. Juni steht in einem Memorandum des britischen Staatsministers Selwyn Lloyd für seinen Premier Churchill, das die westliche Politik gegenüber der Volkserhebung so zusammenfasst: „Deutschland ist der Schlüssel zum Frieden in Europa. Ein geteiltes Europa hat immer ein geteiltes Deutschland bedeutet. Deutschland zu vereinigen, während Europa geteilt ist – sogar wenn es möglich wäre – das wäre mit Gefahren für alle belastet. Darum fühlt jeder in seinem Herzen – Herr Adenauer, die Russen, die Amerikaner, die Franzosen und wir selbst – dass für die jetzige Zeit ein geteiltes Deutschland sicherer ist. Aber niemand darf das offen zu sagen wagen wegen der schlechten Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in Deutschland. Darum unterstützen wir öffentlich alle die Einheit Deutschlands, jeder nach seinen Vorstellungen.“

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Was Selwyn Lloyd und die anderen von ihm zitierten Herren wohl nicht bedachten, war die Tatsache, dass auch die öffentliche Meinung in Deutschland geteilt war. So konnte man, wenn man gerade wie ich in Göttingen zu studieren das Privileg hatte, sehr gut mit der faktischen Teilung und dem bloß vorgespiegelten Engagement für die deutsche Einheit leben, wie alle anderen Westdeutschen auch. Aber beim Gedanken an die Heimat in Dresden stellten sich böse Ahnungen ein. Welche Freude, dass die verhafteten christlichen Freunde nach dem 17. Juni 1953 wieder frei waren.

Aber wie lange würde die Freiheitsberaubung für alle durch die nach der Unterdrückung des 17. Juni neu gestärkte Ulbricht-Diktatur dauern? Ich ahnte damals nicht, dass es über 36 Jahre sein würden. Nach den Maßen des Strafgesetzbuches ist das soviel wie lebenslänglich!

Die Priorität der Freiheit vor der Einheit

War es die SED, die dank des in Moskau verhängten Ausnahmezustandes und des Panzereinsatzes der Sowjetarmee als Siegerin aus der Volkserhebung von 1953 hervorging? Sie selbst hat alles getan, die Ereignisse so darzustellen.

Die mit dem sogenannten „Neuen Kurs“ vom 9./10.06.1953 verbundenen Maßnahmen blieben in Kraft und auch die für Anfang Juli vorgesehenen Normerhöhungen wurden zurückgenommen. Aber um das als Sieg einer reaktionsfähigen Regierung darstellen zu können, mussten die Ereignisse vom 16./17.6. in einer Weise umgedeutet werden, die mit der geschichtlichen Wirklichkeit nichts mehr zu tun hatte und einer bewussten Verdrängung gleichkam.

Die SED behauptete fortan, mit Hilfe der Sowjetunion einen von außen, nämlich aus der Bundesrepublik organisierten „Putschversuch“ niedergeschlagen zu haben. Nicht nur die oben zitierte Äußerung von Selwyn Lloyd dokumentiert, dass diese Behauptung jeder Grundlage entbehrt. Inzwischen ist auch durch Unterlagen über Beratungen des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 18.06.1953 belegt, dass die USA nicht nur die Erhebung nicht unterstützt, sondern über den Einfluss des RIAS bemüht gewesen waren, ihr entgegenzuwirken.

Ich selbst erinnere mich, damals als Göttinger Student in Publikationen aus dem Umkreis der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ gelesen zu haben, wegen der völligen Ahnungslosigkeit über das Ausmaß des Widerstandes habe man zu spät oder gar nicht mehr in die Ereignisse in der DDR eingreifen können.

Mit ihrer Doktrin vom „faschistischen Putsch“ aber bezog die SED-Führung eine Position, die sie einmal mehr von der DDR-Bevölkerung entfernen musste, die ja aus eigener Erfahrung wusste, wie die Dinge gekommen und abgelaufen waren. Hinzu kam ein zweites Handicap. Bis 1953 hatte die SED schon durch ihren Parteinamen wie durch die Verfassung von 1949 sich als Sachwalterin der deutschen Einheit verstanden und bestätigt.

Damit war es nach dem 17. Juni 1953 vorbei, nachdem die Forderungen von Bitterfeld unmissverständlich klargemacht hatten, wie deutsche Einheit unter der Priorität von Freiheit allein zu Stande kommen könnte.

Nicht einmal eine Diskussion über das Verhältnis von Einheit und Freiheit war in der DDR mehr möglich, nachdem der Einsatz der SU-Panzer gegen Demokratie und gegen Freiheit entschieden hatte.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Das war die Entscheidung für das Mittrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung, also jener Weg, der zum Mauerbau, am Ende aber zur Maueröffnung und zur Friedlichen Revolution führen musste.

Um so ausführlicher musste diese Diskussion in Westdeutschland stattfinden, seit die SPD sie im Deutschen Bundestag durch ihren Gesetzesantrag zum 17. Juni als „nationalen Feiertag des deutschen Volkes“ am 29. Juni 1953 eröffnet hatte. Die konservativen Fraktionen reagierten am folgenden Tag mit einem Vorschlag für den 17. Juni als „nationalen Gedenktag“. Wie man weiß, wurde auf der Basis beider Anträge am 4.8.1953 einvernehmlich beschlossen, den 17. Juni künftig als „Feiertag der deutschen Einheit“ zu begehen.

Aber was war der Inhalt von alledem: „nationaler Feiertag, des deutschen Volkes“, „nationaler Gedenktag“? Der Beschluss vom 4.8.1953 gab hierauf die Antwort: Die Einheit soll Inhalt des neuen Feiertages sein, also genau das, woran der 17. Juni gescheitert war. Eine Entscheidung, die angesichts der von Selwyn Lloyd oder der Stellungnahme des Nationalen Sicherheitsrates der USA genau in jene Verlegenheiten führen musste, die die Geschichte des 17. Juni in der Bundesrepublik, speziell im Deutschen Bundestag begleiten sollten.

Auf eine erste, bis in den Beginn der sechziger Jahre reichende Periode der nationalidealistischen Überhöhung und seinem heutigen Ohren teilweise hohl klingenden Pathos folgte eine Periode der Ernüchterung, bis zum Ausfall der üblichen Bundestagsfeier im Jahr 1968. Die beiden letzten Reden zum 17. Juni von Erhard Eppler 1989 und 1990 von Manfred Stolpe vor beiden deutschen Parlamenten präludieren mit ihren Nachdenklichkeiten der merkwürdigen Tatsache, dass der 17. Juni just dann aus dem deutschen Festkalender verschwand, als die Einheit, die seit 1953 beschworen worden war, Wirklichkeit wurde.

Hatte sich damit die von den Revolutionären von 1953 geforderte Priorität der Freiheit durchgesetzt?

Die Verpflichtungen des Gedenkens im neuen Jahrhundert

Als die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages vor 10 Jahren über Verlauf und Konsequenzen des 17. Juni 1953 diskutierte, wurden die Ratlosigkeit der vorangegangenen Bundestagsreden erneut lebendig.

Während Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth und der Kommissionsvorsitzende Rainer Eppelmann bemüht waren, einen Zusammenhang zwischen 1953 und 1989 herzustellen, konnten sich die beteiligten Historiker nicht darüber einigen, ob der 17. Juni 1953 als eine gescheiterte Revolution und damit in die Geschichte gescheiterter Revolutionen in Deutschland gehöre wie 1848/49 oder 1918/19 oder ob es sich lediglich um eine schwer abgrenzbare Mischung aus Arbeiter- und Volksaufstand handele.

Meine Meinung ist, diese Frage müsse entschieden werden, weil es in ihr um die Frage der Priorität von Einheit oder Freiheit geht. Die Volkserhebung von 1953 plädierte für die Priorität der Freiheit und hatte dabei das Grundgesetz auf ihrer Seite. Das Gesetz vom 4.8.1953 aber entschied zugunsten einer Priorität der Einheit und bleibt dabei merkwürdiger und widerspruchsvoller Weise in der Nähe des von der SED seit 1946 forcierten Einheitspathos.

Sollte es damit zusammenhängen, dass auch der deutsche Vereinigungsprozess im Zeichen der Priorität von Einheit verlief und damit die vom Artikel 146 bis heute geforderte Priorität der freien Entscheidung hintansetzte oder gar fallen ließ?

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------

Ein redliches Gedenken an die Volkserhebung vor 50 Jahren darf dieser Frage nicht ausweichen. Sie darf es schon wegen der Opfer nicht, die eben wegen der Priorität von Freiheit und einer von ihr bestimmten Einheit ihr Leben verloren haben.

Das gilt schon deswegen, weil es im Bereich der Opfer zwei konkrete Teilfragen zu beantworten gilt: die nach den bisher nur unklar verbürgten Nachrichten über die Hinrichtungen von sowjetischen Soldaten, die ihren Einsatz gegen deutsche Arbeiter verweigerten, weil sie sich mit ihnen solidarisch fühlten.

Im Blick auf die noch lebenden Opfer der Repressionen von 1953 müssen Mittel und Wege gefunden werden, die ihnen gegenüber bestehenden Gerechtigkeitslücken zu schließen, mag das rechtlich und haushaltstechnisch auch noch so große Schwierigkeiten bereiten.

Ich habe bereits angedeutet, dass das Verschwinden des 17. Juni aus dem deutschen Festkalender und seine Ersetzung durch den per Kanzleramtsdekret nominierten 3. Oktober in meinen Augen in einem sehr merkwürdigen, ja bedenklichen Verhältnis zu den Bürger- und Bürgerinneninitiativen von 1953 steht.

Man wird diese 1990 getroffene Entscheidung nicht rückgängig machen können. Um so wichtiger erscheint es, an den vor einem Jahr von der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes initiierten Aufruf zu erinnern, Orte des Erinnerns an den 17. Juni zu schaffen.

Dabei scheint mir die von Marianne Birthler vorgeschlagene Umbenennung von Straßen und Plätzen nur ein Weg zu sein, solche Orte des Erinnerns zu schaffen. Zu solchen Orten des Erinnerns gehörten auch Plätze wie der vor dem heutigen Bundesministerium der Finanzen, die damaligen Baustellen an der heutigen Frankfurter Allee oder analoge Orte in der ehemaligen DDR.

Was hier über Opfer und Orte des Erinnerns gesagt wurde, ist in hohem Maße Gegenstand politischer Bildung und insofern auch ein Appell an die Landeszentralen, über das Erinnern und Eingedenken von Orten und Zeiten Geschichte erfahrbar und verstehbar zu machen.

Aber ich wiederhole es: Die Verlegenheiten, die durch die offengebliebenen Fragen entstehen, wie sie gerade der 17. Juni aufwirft, dürfen nicht umgangen werden. Der Birthler-Aufruf spricht von „herausragenden demokratischen Massenbewegungen“, denen die vom Juni 1953 zuzurechnen sei.

Kann man das sagen, ohne sofort daran erinnert zu werden, dass es in einem Land, in dem solche Bewegungen 1848/49 und 1918/19 zusammengeschossen wurden und dennoch immer wieder wie 1989 und zuletzt im Februar 2003 stattgefunden haben, noch immer keine gesetzliche Regelung über Volksabstimmungen und Bundesebene gibt und dies in einem historischen Moment, da die Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union erwartungsvoll ausschauen auf die Arbeit des Brüsseler Konventes an einer Verfassung des nach dem Ende des kalten Krieges, an dem die Erhebung von 1953 scheitern musste, endlich geeinten Europa?

Soll deutschen Bürgerinnen und Bürgern abermals vorenthalten werden, was für Unionsbürger und -bürgerinnen anderer Länder längst Selbstverständlichkeit ist?

Wenn das Gedenken an jene Juni-Tage von vor fünfzig Jahren nicht nur eine Angelegenheit von Festtagsreden bleiben soll, dann muss die geforderte Konsequenz der Einführung von Volksabstimmungen auf Bundesebene endlich durchgesetzt werden.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Denn man mag den Akteuren des 17. Juni 1953 mangelnde Organisiertheit vorwerfen, die in der Erhebung auch vorgefallenen Gewalttätigkeiten kritisieren oder verurteilen – das alles aber hat zurückzutreten hinter der Verpflichtung, nach fünfzig Jahren endlich laut und deutlich und öffentlich zu erklären: Sie hatten recht in allem was sie forderten. Wenn dem aber so ist, dann müssen wir den hier aufgestellten Forderungen unverzüglich und ohne Vorbehalte nachkommen.

[Quelle: www.politische-bildung-brandenburg.de]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------